

## D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

### DGAA Deutschland

#### Anti-Atomkraft-Bewegung

#### AUFSATZSAMMLUNG; AUSSTELLUNGSKATALOG

- 23-3** *Atom. Strom. Protest.* : 50 Jahre Wyhl und anderswo ; [Begleitband zur Ausstellung "Atom. Strom. Protest - 50 Jahre Wyhl und anderswo" in der Württembergischen Landesbibliothek, 23. Mai 2023 - 27. August 2023] / Beata Lakeberg ; Hans-Christian Pust (Hrsg.). - Ostfildern : Thorbecke, 2023. - 229 S. : Ill., Diagramme, Kt. ; 24 cm. - ISBN 978-3-7995-1988-5 : EUR 25.00  
[#8649]

Im Jahr 2022 entstand in der Bundesrepublik Deutschland eine lebhafte Diskussion über den Weiterbetrieb der noch am Netz verbliebenen Atomkraftwerke. Entstanden ist diese Diskussion vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges und dem damit verbundenen Energiemangel. Trotz der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima in den Jahren 1986 und 2011 erschien zumindest manchem die Atomkraft wiederum als eine kostengünstige und zudem umweltfreundliche Energiequelle.

Damit wiederholte sich eine Diskussion, die bereits knapp fünfzig Jahre zuvor bereits einmal geführt worden war (vgl. das *Geleitwort* von Petra Olschowski, S. 8 - 11): Am Beginn der 1970er Jahre hatte die Bundesrepublik ein Vierteljahrhundert nahezu ungebremsen wirtschaftlichen Wachstums durchlaufen. Erdöl erschien als Energieträger unbegrenzt verfügbar. Dies änderte sich 1973 mit dem Jom-Kippur-Krieg und der Drosselung der Erdölförderung durch die OPEC-Staaten. Auch am Beginn der 1970er Jahre wurden also schlagartig neue Energiequellen benötigt und auch damals wurde bereits versucht, unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden. Dementsprechend legte die sozial-liberale Bundesregierung unter Willy Brandt das „Vierte Atomprogramm“ vor, das den Bau zahlreicher neuer Meiler bis zur Mitte der 1980er Jahre vorsah. Bedenken gab es damals zunächst wenige. Erst gegen den Bau des Atomkraftwerkes im südbadischen Wyhl regte sich massiver Protest, der am Ende erfolgreich war. Der Protest in Wyhl hatte dabei eine Schrittmacherfunktion für neue soziale Bewegungen und für die Protestkultur in der Bundesrepublik.

Die 50. Wiederkehr des erfolgreichen Protestes in Wyhl bildet den Anlaß für eine Ausstellung der Württembergischen Landesbibliothek zur Geschichte der zivilen Nutzung der Atomkraft in Südwestdeutschland und der Bundesrepublik und den Protest dagegen. Der vorliegende Band stellt die Begleit-

publikation der Ausstellung dar und enthält 16 Aufsätze,<sup>1</sup> die ein breites Spektrum an Fragestellungen abdecken. So wird gleichermaßen die sich verändernde gesellschaftliche Sicht auf die Atomenergie vom *Hoffnungsträger zum Risikofaktor* (Ortwin Renn, S. 36 - 49) dargestellt und ebenso die Frage erörtert, inwiefern die Atomenergie inzwischen als gescheiterte technische Innovation angesehen werden muß (Jan-Henryk Meyer, S. 26 - 35). Ein weiterer Artikel widmet sich dem *offenen Ende der Atomkraft* bzw. der *Geschichte der Endlagerung in Deutschland* (Anselm Tiggemann, S. 50 - 67).

Hinzu treten Aufsätze, die sich mit den *Performative(n) Formen des Protests* (Richard Rohrmoser, S. 152 - 161) gegen die Atomenergie in Wyhl auseinandersetzen und zeigen, inwieweit der in Wyhl vorgetragene Protest stilbildend gewirkt hat. Weitere Beiträge befassen sich u.a. mit der *Beteiligung der (evangelischen) Kirche am Konflikt um Wyhl* (Tim Schedel, S. 100 - 107) und erörtern, wie aus den Bürgerinitiativen, die sich u.a. im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Kernkraft formiert haben, die GRÜNEN als politische Partei hervorgegangen sind (Christoph Becker-Schaum, S. 142 - 151). Die Beiträge werden ergänzt durch zwei Karten zur Oberrheingegend (S. 12 - 13) und zur *Atomkraft in Deutschland* (S. 216 - 217) sowie eine umfangreiche *Chronologie* (S. 108 - 115), in deren Rahmen der Protest in Wyhl vor dem Hintergrund der zivilen Nutzung der Atomenergie im nationalen und internationalen Zusammenhang eingeordnet wird.

Von den Katalogbeiträgen sollen in dieser Rezension exemplarisch die Ausführungen von Ulrich Eith zur *Volkshochschule Wyhler Wald* (S. 176 - 191) vorgestellt werden. Der Beitrag Eiths eignet sich hierfür besonders gut, da der Autor sowohl einen Überblick über die wichtigsten Stationen des Protests in Wyhl gibt, als auch sehr pointiert analysiert, wie der Protest vorgebracht wurde, welche gesellschaftlichen Wirkungen bzw. Veränderungen der Protest hervorbrachte und inwieweit das Beispiel des Protestes in Wyhl andernorts aufgegriffen wurde.

Seit den 1950er Jahren beabsichtigte die Landesregierung von Baden-Württemberg die Industrialisierung der Oberrheinischen Tiefebene voranzutreiben, denn diese Region des Landes hatte schon seit der Zwischenkriegszeit als Notstandsgebiet gegolten. Nunmehr träumte man in Stuttgart von einem Industrieband, das von Basel bis Rotterdam reichen sollte.

Natürlich wurde für die Industrialisierung Energie benötigt. Allein in Baden-Württemberg war an den Bau von fünf Atomkraftwerken gedacht. Andernfalls, so Ministerpräsident Hans Filbinger (1913 - 2007), würden angesichts von gestiegenem Energiebedarf am Ende der 1970er Jahre die Lichter ausgehen. Noch bevor Wyhl als Standort ein Thema wurde, war an den Bau eines Atomkraftwerkes bei Breisach gedacht. Eith kann jedoch zeigen, daß dies am Widerstand der örtlichen Winzer scheiterte. Diese fürchteten aufgrund der Wasserdampf Wolke des AKWs um die Qualität des Weines aus dem Kaiserstuhl und konnten sich mit diesem Argument durchsetzen. Die Lösung des Problems erschien nun der Bau des AKWs in Wyhl, wo der dor-

---

<sup>1</sup> Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1286730082/04>

tige Bürgermeister und Teile der Bürgerschaft Zustimmung signalisierten. Dagegen regte sich bei den Einwohnern der Nachbargemeinden rasch massiver Protest – ein Protest, der bald auch grenzüberschreitend artikuliert wurde: So bildeten sich insgesamt 21 badische und elsässische Bürgerinitiativen, die zusammengeschlossen in einem Internationalen Komitee gegen den Bau des AKWs protestierten. An dieser Stelle verweist Eith darauf, daß die deutsch-französische Aussöhnung in der Zwischenzeit erkennbar vorangeschritten war, und jetzt zivilgesellschaftliche Akteure von beiden Seiten des Rheins die Oberrheingegend als gemeinsame Heimat verstanden, die es gegenüber Eingriffen von außen, d. h. in diesem Fall der Stuttgarter Regierung, zu verteidigen galt (zu *Chancen und Grenzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Atomkraftgegner im „Dreieckland“* informiert Natalie Frickel-Pohl, S. 202 - 215).

Dementsprechend wurden auch grenzüberschreitend gemeinsam neue Formen des Protestes erprobt. Schon 1974 war in Marckolsheim der Bau eines Blei-Chemiewerkes geplant worden, der am grenzüberschreitenden Protest der Bevölkerung gescheitert war, u. a. war es dabei zur Besetzung des Bauplatzes in Marckolsheim gekommen. Auch in Wyhl kam es am 18. Februar 1975 zur Besetzung des Bauplatzes, der allerdings bereits nach zwei Tagen von der Polizei geräumt wurde und postwendend wiederum besetzt wurde. Die zweite Besetzung sollte dabei acht Monate andauern. Bereits zuvor hatten die AKW-Gegner eine ganze Reihe anderer Formen des Protestes erprobt: So „zwangen die Gegner des (AKW-)Baus die Politiker zur Diskussion, etwa durch einen Besuch von 700 südbadischen Atomgegnern im Stuttgarter Landtag“ (S. 181). Auch hatten Kaiserstühler Bauern und Winzer im Herbst 1974 mit Traktoren eine Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in einer kleinen Kaiserstuhlgemeinde blockiert.

Zu einem ersten Kompromiß kam es im November 1975. Die AKW-Gegner räumten nunmehr den Bauplatz, im Gegenzug verzichtete die Landesregierung auf eine Strafverfolgung und Regreßforderungen an die Besetzer. Auch wurde zunächst einmal nicht weitergebaut. Daneben verweist Eith auf die anhängigen Klagen beim Verwaltungsgericht Freiburg bzw. beim Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg in Mannheim, wobei das Gericht in Freiburg das Bauvorhaben zweimal stoppte, während das Mannheimer Gericht 1982 endgültig den rechtlichen Weg für den Bau freimachte. Dies hatte eine neuerliche Massendemonstration mit 30.000 Menschen in Wyhl zur Folge. Angesichts derart heftiger Widerstände, einer zunehmend kritischeren Sicht der Gesellschaft auf die Atomkraft insgesamt und auch der Tatsache, daß die Lichter eben nicht ausgegangen waren, wurde das Projekt von Ministerpräsident Lothar Späth (1937 - 2016), der inzwischen an die Stelle Hans Filbingers getreten war, 1983 endgültig fallen gelassen. Im Jahr 1995 wurde der ehemals vorgesehene Bauplatz zum Naturschutzgebiet.

Während der Besetzung des Bauplatzes wurde in Wyhl, wie schon zuvor in Marckolsheim, ein Freundschaftshaus errichtet (mit Platz für 500 Personen) – und in diesem entstand ab April 1975 die Volkshochschule Wyhler Wald. Hier fanden regelmäßig Vorträge statt, wobei, wie Eith erläutert, jeder Wo-

chentag einem bestimmten Thema gewidmet war. Behandelt wurden zu allererst Fragen und Risiken der Kernkraft, daneben allerdings auch Aspekte der Landwirtschaft sowie kulturelle Fragen.

Im folgenden zeigt Eith die doppelte Stoßrichtung auf. Durch die Vorträge zum Thema Kernkraft und alternativen Energieformen, bspw. durch Freiburger Chemiestudenten oder andere auswärtige Experten, entstand ein zivilgesellschaftliches Expertentum. Die Teilnehmer der entsprechenden Kurse in der Volkshochschule Wyhler Wald sahen sich dadurch in der Lage, ihre Bedenken und Ängste mit Fachargumenten zu untermauern, über die Risiken der Atomkraft eine breitere Öffentlichkeit aufzuklären, mit den Fachleuten der Landesregierung auf Augenhöhe zu debattieren und auf alternative Energieformen hinzuweisen. Die Volkshochschule Wyhler Wald wurde auf diese Weise zu einem „Forum für Gegenexperten“ (S. 183) und „zur Schule des Widerstandes“ (ebd.), zugleich wurden in der Volkshochschule Wyhler Wald Netzwerke und Kontakte unter den Atomkraftgegner geknüpft. Daneben verweist Eith auf die sozialintegrative Bedeutung der Kurse der Volkshochschule Wyhler Wald zu kulturellen Themen. Die Besetzer des Bauplatzes, die in allererster Linie zu den Teilnehmern der Volkshochschulkurse gehörten, entstammten ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten. Anders als von der Regierung Filbinger behauptet, waren dies nicht alles linke Protestierer, sondern gleichermaßen Bauern und Winzer des Kaiserstuhls, Pfarrer und Lehrer ebenso wie Freiburger Studenten. Die gemeinsamen Kurse, die sich mit der Kultur Südbadens und der Region am Oberrhein beschäftigten, schweißten zusammen. Es galt, wie schon einmal erwähnt, die Heimat gegenüber Eingriffen aus Stuttgart zu verteidigen. Gemeinsame Identifikationsmomente bildeten dabei grenzüberschreitend der alemannische Dialekt oder auch die Erinnerung an die Bauernaufstände des 15. Jahrhunderts in der Oberrheingegend wie auch an die Badische Revolution von 1848/49. Wenn auch auf diese Weise die unterschiedlichen Protestgruppen geeint wurden, so betont Eith dennoch auch die Kehrseite: Die fehlende Kompromißbereitschaft. So liefen die Protestierenden Gefahr, daß es beim „Wir haben Nein gesagt!“ („Nai hämmer gsait“!) blieb.

Dennoch: Am Ende verlief der Protest weiterhin friedlich, die Protestierenden in Wyhl hatten ein Ausrufezeichen gesetzt, in dem sie gezeigt hatten, daß Protest nicht nur organisiert werden, sondern am Ende auch erfolgreich verlaufen konnte. So beschäftigt sich das abschließende Kapitel der Ausführungen Eiths auch mit den langfristigen Folgewirkungen des Protestes in Wyhl: Hier waren neuartige Beteiligungs- und Protestformen erprobt worden. Auch gegen weitere AKWs wurde in ganz ähnlicher Form wie in Wyhl protestiert, bspw. durch Aufklärung und Informierung der Öffentlichkeit, Mahnwachen, Diskussionsveranstaltungen und auf dem juristischen Wege. Wie in Wyhl bildete sich auch andernorts ein zivilgesellschaftliches Expertentum aus, das ganz ähnliche Argumente, wie die in Wyhl gegen das AKW ins Feld geführt worden waren, wieder aufgriff. Zur Ausprägung zivilgesellschaftlichen Expertentums kam es auch beim Protest gegen Stuttgart 21 oder wenn es darum ging bzw. geht, auf Probleme wie das Bienen- und Insektensterben und ebenso auf Schwierigkeiten beim Thema Datensicher-

heit aufmerksam zu machen. Dabei ist es heute selbstverständlich, daß auch Nichtregierungsorganisationen auf ein solches zivilgesellschaftliches Expertentum zurückgreifen.

Zuletzt weist Eith noch darauf hin, daß die Volkshochschule Wyhler Wald mit dem von ihr geprägten zivilgesellschaftlichen Expertentum Impulse für die Region Südbaden gegeben hat. Hier hat sich bspw. das Freiburger Ökoinstitut als anerkanntes Forschungsinstitut im Bereich der Umwelttechnik etabliert. Zudem entstanden in Südbaden nach der Besetzung von Wyhl Anbieter im Bereich Solar- bzw. alternative Energien. So verfügt die Stadt Vogtsburg im Kaiserstuhl über einen Solarpark, der 70 % des Strombedarfs der Gemeinde abdecken kann – aus alledem wird klar, das Umweltschutz bzw. Initiativen im Umweltschutz keineswegs im Gegensatz zum technischen Fortschritt stehen.

Die Württembergische Landesbibliothek hat einen gewichtigen Band zur Geschichte des Atomstroms, aber auch zum Protest gegen diesen und zu den gesellschaftlichen Folgewirkungen dieses Protestes vorgelegt. Schon jetzt freut sich der Rezensent auf einen gelegentlichen Besuch der noch bis Ende August laufenden Ausstellung.

Michael Kitzing

#### QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=1248>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=1248>